

Der Preis beträgt bei postmaler Anfertigung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., enthält Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungsbereich sind unter 'Sonder-Bezug' eingetragen. Für anderweitige Abnahme mit dem Verleger übernehmen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlegers.

Verleger: Dr. Robert v. Lützow; Dr. August v. Lützow; Dr. 1767; des Kommunalverwalters Dr. 1155.

Sachs-Zeitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Werden die Spalten der Anzeigen oder deren Raum mit 20 Pf. in der Woche oder mit 20 Pf. berechnet und in weiteren Annahmestellen und allen weiteren Expeditionen angenommen. Die Anzeigen sind für die Zeit 75 Pf. für die Woche zu zahlen.

Ercheidet täglich vormittags, Sonntags und Feiertags ausgenommen.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Halle, G. Bauhausstraße 17; Verlagsdirektion: Markt 24.

Mb. Preussischer Landtag.

Serrenhaus.

8. Sitzung, Donnerstag, den 7. März 1912.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Präsident v. Hebel-Biedorf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Rundschiff steht zur Beratung die Vorlage über die Ausübung der Fernempfehle bei Arbeitsscheuen und säumigen Rätepflichtigen.

Der Berichterstatter Oberbürgermeister Körte-Königsberg berichtet über die Verhandlungen der Kommunal-Kommission, in der Einverständnis über das Ziel der Vorlage hergestellt ist.

Unterstaatssekretär Holz

empfiehlt die Vorlage, die einem praktischen Bedürfnis entspricht, die Vorschriften des Strafgesetzbuchs reichen in keiner Weise aus und die sozialen Verhältnisse erheblich angenommen. Die Vorlage ist eine Veranlassungsmaßregel, durch die die Anwendung erleichtert werden sollen.

Oberbürgermeister Rissfener-Berlin

erklärt das Ziel der Vorlage für berechtigt und wünschenswert. Obwohl das Strafgesetzbuch verfügt habe und gerade Berlin unter der freis wachsenden Zahl der Arbeitsscheuen zu leiden habe, habe er doch so starke Bedenken gegen die Vorlage, daß er ihr nicht zustimmen könne. Es handle sich um ein strafrechtliches Vorgehen gegen die Arbeitsscheuen unter der Fügung einer Veranlassungsmaßregel. Für eine strafrechtliche Materie sei aber nur die Veranlassungsmaßregel zulässig. Was Beschäftigter sei aber, das die Freiheit durch Veranlassungsbeamte einer ganzen Kategorie von Menschen entzogen werden könne. Einer der obersten Rechtsgrundsätze, die Trennung der Justiz von der Verwaltung ist hier verletzt, und man sollte lieber den wenn auch schwierigeren Weg der Veranlassungsmaßregel wählen.

Die allgemeine Ausprägung des § 104 ist die Einzelberatung.

Der grundlegende Paragraph 1 bestimmt, daß Arbeitsscheuen, die ihre Familien den Veranlassungsbeamten anvertrauen, von der Strafe freigesetzt werden können, wenn sie sich in einer Weise anstellen lassen, die den Veranlassungsbeamten die Erfüllung ihrer Pflichten erschweren. Die Strafe ist in der Regel mit der Veranlassungsmaßregel verbunden. Die Strafe ist in der Regel mit der Veranlassungsmaßregel verbunden.

Landeshauptmann a. D. v. Dziembowski

beantragt, daß die Unterbringung in eine solche Anstalt nicht erfolgt, wenn die Unterbringungsbedürftigkeit nur durch vorübergehende Umstände verursacht ist, oder wenn der Unterhalt nicht arbeits- und erwerbsfähig ist, oder wenn er entsprechend seiner Arbeits- und erwerbsfähigkeit zu seinem und seiner Familie Unterhalt beibringt.

Oberbürgermeister Dr. Bender-Breslau

vertritt allgemeine rechtliche Bedenken und wendet sich besonders gegen die unbeschränkte Heranziehung der Kinder zur Unterbringung der Eltern. Eine moralische Verpflichtung mag bestehen, aber keine rechtliche. Soll ein 14jähriger Schöpfung für seine Eltern sorgen? Soll er aus der Lehre genommen werden und in der Anstalt zu einer anderen Arbeit gezwungen werden, so der er vielleicht gar keine Neigung hat? Ist das gegen alle diese Bestimmungen rechtlich erhebliche Bedenken.

Der Berichterstatter Oberbürgermeister Körte-Königsberg berichtet über die Verhandlungen der Kommunal-Kommission, in der Einverständnis über das Ziel der Vorlage hergestellt ist.

§ 1 wird mit dem Antage v. Dziembowski, der auch in einzelnen Punkten die Regierungsvorlage wiederholt, angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur Maß- und Gewichtsbildung von 1908 wird ebenfalls angenommen.

Es folgt der Entwurf über die Vertretung der Berliner Schwaigergemeinde.

Der Berichterstatter Oberbürgermeister Rissfener beantragt unbeschädigt die Annahme. Die Erhöhung der Höchstzahl der Vorstandsmitglieder von 7 auf 15 und die Möglichkeit, ein Drittel der Vorstandsmitglieder gegen Besetzung anzustellen, erscheint zweckmäßig.

h. Sydow:

Nach einigen vorliegenden Petitionen wird die Vorlage die vorhandenen Mängel nur noch vergrößern. Es beantragt daher Verweisung der Vorlage an die Kommunal-Kommission.

Graf v. Doppersdorf:

Dem schließt ich mich an. Die Vorlage könnte die fernerstehende Widerseite der Berliner Geraden in Gefährdung bringen.

Das Haus beschließt Verweisung an die Kommunal-Kommission.

Die Vorlage auf Verweisung der Amtsgerichtsbezirke Dirschau und R. Starag wird ohne Verweisung angenommen, ebenso die entsprechenden Vorlagen für die Amtsgerichtsbezirke Werne und Neuenburg, für die Amtsgerichtsbezirke Dirschau und Neuenburg, und endlich für die Amtsgerichtsbezirke Dirschau und Neuenburg.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Freitag 1 Uhr: Vorbereitung neuer Mitglieder, heftigste Doppelstunde-Vorlage, Lotterievertrag, Klein. Entwörfe. In der letzten März-Woche soll das Sparassengesetz behandelt werden. Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung, Donnerstag, 7. März.

Am Ministertisch: Dr. Lenke.

Präsident Dr. Frhr. v. Gerstl eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Ein Verzeichnis der von der Kommission für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachteten Petitionen wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Etat der Verwaltung der direkten Steuern.

Zur Erledigung steht dem Etat 'Einkommensteuer-Veranlassungs-Kommission' mit dem Antrag der Abg. v. Hennig-Redlin (Konf.) und v. Allenborn (Zentr.). Der Antrag wollte in den Etat die Bestimmung aufnehmen, daß besondere Veranlassungs-Kommissionen im Hauptamt für die Steuer-Vorgänge seien, in denen der Umfang oder die Schwierigkeit des Veranlassungsbezirks die Wahrnehmung des Veranlassungsgeschäfts durch einen besonderen Beamten erfordert. Titel und Antrag waren an die Kommission zurückverwiesen worden.

Der Berichterstatter Abg. Schmieding (Zentr.) teilt mit, die Regierung habe in der Kommission diejenige Stelle namhaft gemacht, in denen ein besonderer Veranlassungs-Kommission im Hauptamt angelegt werden sollte.

Abg. v. Hennig-Redlin (Konf.):

Die Erklärung des Finanzministers in der Kommission um unseren Wünschen entgegen. Ich kann den Antrag nunmehr zurückziehen.

Der Etat des Finanzministeriums.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Friebberg (Natf.) wird zunächst die Anleihefrage besprochen.

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.)

beantragt, man solle auf Mittel und Wege finden, um dem kleinen Sparer, dem kleinen Kapitalisten die Staatspapiere mehr zugänglich zu machen. Vor allem sollte man die Anleihen populärer machen und über deren Wert und Sicherheit das Publikum mehr aufklären.

Abg. Frisch (Natf.)

verweist auf den geringen Erfolg der letzten Vergebung von Staatspapieren im Januar. Die emittierten 500 Millionen seien nur um 15 Millionen abgesetzt worden. Das sei in nicht gerade ungünstiger, aber auch nicht besonders befriedigender. Die Banken und Versicherungsanstalten sollten einen größeren Teil ihres Vermögens in Staatspapieren anlegen. Der Minister habe in der Kommission erklärt, daß die Währungsreform den Kapitalisten im Ausland noch nicht einen besonderen Anreiz erzeuge habe. Seine Freunde hielten es für möglich, daß ein gewisser Bestand von internationalen Werten sich in Reichs- und Staatspapieren und in internationalen Instituten bestünde. Natürlich müsse es sich um sichere Papiere handeln, um Papiere neutraler Staaten und nicht von Staaten, die sich in Konflikt befinden. (Weißl. Insts.)

Abg. Gylling (Mp.):

Der niedrige Stand der Staatspapiere rührt daher, daß erhebliche Finanzen in industriellen Unternehmungen festgelegt sind. Dieser niedrige Stand der Staatspapiere ist aber nach unserer Meinung durch den Grund begründet, daß die Ertragskraft der Eigenkapitalvermehrung durch Anleihen zu denen, die es auch sein besonders Charakteristikum Deutschlands. In England haben wir dieselbe Erscheinung. Auch ist der Stand der Staatspapiere kein Parometer dafür, ob die Volkswirtschaft im Ganzen sich in gelunden Schritten bewegt oder nicht. Wenn es sich vielleicht auch nicht rechtens über die Sparer hinaus zu bringen, ein Teil ihres Vermögens in Staatspapieren anzulegen, so ist doch kein Grund vorhanden, die Privatversicherungsbank dazu zu zwingen. Unsere Finanzlage ist so, daß wir getrost mit mehr Anleihen vorgehen können.

Minister Dr. Lenke:

Wenn auch die Finanzlage durchaus bedauerlich sei, so müßte doch nicht Anleihen auszugeben, so muß doch bei der allergrößten Vorsicht gehalten, denn leider prüft das Publikum bei Anlegung seiner Werte gar nicht, ob ein Papier sicher ist oder unsicher. Die preussischen Papiere sind überhaupt die sichersten, die es nur geben kann, und es ist zu wünschen, daß das Publikum sich andere Papiere, weil diese einen höheren Zinsfuß abwerfen, in Folge dessen kann man nicht aus der günstigen und sicheren Finanzlage heraus den Schluß ziehen, daß es gehalten wäre, mit mehr Anleihen an den Markt heranzutreten. Der Staat würde ohne Zweifel an der Dauer bestehen, wenn er sich nicht mit anderen Anleihen als notwendig an den Markt heranzutreten würde. Die alten Anleihen würden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die Frage des Rückstands der Staatspapiere ist Gegenstand der allerersten Verhandlungen. Es gibt für und gegen nur zwei Mittel, eins muß man wählen, die die Sparer zu zwingen, einnehmer suchen, und dann müssen wir möglichst zurückhaltend in der Ausgabe neuer Anleihen sein. Bei einem regelmäßigen Zinsfuß von Annehmern können wir an den Markt heranzutreten, ohne den Markt zu erschüttern. Das wird sich schon durch die Vergebung des Restes der Übernahme von Reichs- und Staatspapieren zeigen.

Die Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß ein Viertel der Fonds der Berufsvereinigungen, Invaliditäts- und Versicherungsanstalten in Reichs- und Staatspapieren anzulegen sind. Die gleiche Bestimmung befindet sich im Reichsbeamtenversicherungs-Gesetz. Ich freue mich, daß der Abg. Frisch es als erwünscht hingestellt hat, daß auch die Sparer zu zwingen, einnehmer suchen, und dann müssen wir möglichst zurückhaltend in der Ausgabe neuer Anleihen sein. Bei einem regelmäßigen Zinsfuß von Annehmern können wir an den Markt heranzutreten, ohne den Markt zu erschüttern. Das wird sich schon durch die Vergebung des Restes der Übernahme von Reichs- und Staatspapieren zeigen.

Die Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß ein Viertel der Fonds der Berufsvereinigungen, Invaliditäts- und Versicherungsanstalten in Reichs- und Staatspapieren anzulegen sind. Die gleiche Bestimmung befindet sich im Reichsbeamtenversicherungs-Gesetz. Ich freue mich, daß der Abg. Frisch es als erwünscht hingestellt hat, daß auch die Sparer zu zwingen, einnehmer suchen, und dann müssen wir möglichst zurückhaltend in der Ausgabe neuer Anleihen sein. Bei einem regelmäßigen Zinsfuß von Annehmern können wir an den Markt heranzutreten, ohne den Markt zu erschüttern. Das wird sich schon durch die Vergebung des Restes der Übernahme von Reichs- und Staatspapieren zeigen.

Staats-Schuldbuch außerordentlich leicht gemacht. Man braucht nur einen Brief an die Staatsbank zu schreiben, man die im Eintragung in das Staats-Schuldbuch, dann wird alles erledigt. Die Zinsen werden sofort ins Haus gebracht.

Auf die Einreichung des Staats-Schuldbuchs bitte ich, immer wieder aufmerksam zu machen, auch in Privat-geschäften, wenn davon die Rede ist, daß es leichter sei, Geld anzulegen. Man wünscht weiter, die Staatspapiere dadurch schmackhafter zu machen, daß man bei den Emmissionen größere Vorteile gewährt. Diese Emmissionen sind bei uns zwei Seiten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß durch die neuen Anleihen die bisher ausgegebenen Anleihen nicht zu sehr gebrückt werden. Wir müssen uns mit der Aufgabe von Anleihen möglichst einschränken. Da der Markt nicht so aufnahmefähig ist, könnte es leicht passieren, daß wir zu einem die Staatsfinanzen erheblich belastenden Kurse die Anleihen ausgeben müssen. Anleihen in dem vom Abg. Gylling gewünschten Umfang liegen sich nur gegen einen erheblichen Zinsfuß unterbringen. Erweiterung des Anleihenrechts und mögliche Zurückzahlung in der Ausgabe von Anleihen - auf diesen Wegen werden wir bemüht sein, den Kurs der Staatsanleihen in die Höhe zu bringen, jedenfalls ein Geraden zu vermeiden.

Abg. Gylling (Mp.):

Daß auf die Sicherheit der Staatspapiere bei Anlegung von Kapital nicht Rücksicht genommen wird, halte ich nicht für richtig, denn jeder Bankier gibt darüber Auskunft. Daß die Staatspapiere nicht so viel gekauft werden, liegt in der Hauptsache daran, daß die Staatspapiere jetzt nicht die richtigen Zinsen bringen als andere Anlagen. Wenn die Sparer angezogen werden, wenn gewisse Teile ihres Vermögens in Staatspapieren anzulegen, dann wird das auf Kosten der Sparer geschehen, denn diese Anlagen der Sparer bringen dann auch weniger Zinsen.

Abg. Dr. Neuhoff (Freifon.):

Nichtig ist, daß sich die Abneigung gegen die Staatspapiere aus dem Zinsfuß erklärt. Wer es sich aber nicht leisten kann, einen Teil seines Vermögens unter Umständen zu verlieren, wird sich tun, sein Geld in Staatspapieren anzulegen.

Abg. Binder (Konf.):

Wer am wenigsten Geld anlegt, hat in der Regel die geringste Anlegung am unbedingtesten. Darum begreife ich, daß der kleine Mann jetzt ohne Vermittlung von Banken Staatspapiere anlegen kann. In ihrem heute ausgeprochenen Verfahren können wir die Regierung nur unterstützen.

Abg. Dr. Schroder-Cassel (Natf.):

Ich habe schon übersehen, welche Ersparnisse durch das neue Versicherungsgesetz erzielt werden. Nur eine verminderte Zahl von Personen kann Ersparnisse bringen.

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.):

In der Kommission wurde von der Regierung die Befürchtung ausgeprochen, daß in manchen Fällen die nach dem neuen Gesetz gewährte Reichslohnabfindung die tatsächlichen Ausgaben nicht decken wird. Wir vertrauen, daß solche Hoffnungen vermieden werden.

Abg. Dells (Mp.):

Das Verprechen des Finanzministers, den Unterbeamten Stellenzulagen zu gewähren, ist nur unzureichend erfüllt. Mögliche sind feste Normen, damit Willkür ausgeschlossen ist.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Besetzungsbildung ist der unteren Beamten nicht gerecht geworden. Diese enttäuschte man jetzt durch Feuerzulagen.

Abg. Dr. König-Krefeld (Zentr.):

Die kurze die jüngste Neuregelung des Wohnungsgeldaufschlags. Aber trotz einer Erhöhung der Zinsen von einem auf zwei Prozent, das man mit der anderen Seite gegeben hatte, indem man bei der Ortsteileneinteilung namentlich größere Orte herbeizog. So betrug denn für viele Gebäudeführer der Wohnungsgeldaufschlag fünf bis sechs, 4 M., nachdem man vorher eine Erhöhung von einem auf zwei Prozent gegeben hatte. Gestalt, Oberfeld, Krefeld, Halle, Hohen, Münster, Vordorff u. a. sind unbedeutend getroffen. Die Durchdringung der Ortsteileneinteilung ist eben nach ungenügenden Grundrissen erfolgt. Die Hauptfrage ist doch immer, ob v. D. der den mittleren Beamten geeignete Wohnräume gebauend bestimmt, der teilweise geschätzten Wohnräume. Dies ist nicht der Fall, und das Ziel, den Beamten die Beschaffung besserer Wohnungen zu ermöglichen, blieb unerreicht. Was geht da der Minister zu tun? Er muß jetzt ohne Rücksicht auf den Bundesrat vorgehen und die Lage in den defizitären Orten erschaffen. Eventuell muß Preußen die großen Orte selbständig höher legen.

Finanzminister Dr. Lenke:

Nach dem Wunsch des Vorredners soll sich der preussische Finanzminister an den Bundesrat wenden, um die sogenannten defizitären Orte in die Höhe zu setzen und Steuern und Steuern zur Geltung zu bringen. Ich will nicht behaupten, daß es nicht möglich ist, aber es ist eine Reihe von Vorurteilen, die man nicht ohne weiteres hinwegnehmen kann. Ein fiskalisches Interesse hat die Erhebungen durchaus nicht beeinflusst. Der Wohnungsgeldaufschlag war doch zunächst von Preußen selbständig erhöht worden und hinterher hat die Regelung im Reich. Da entstand der große Irrtum, daß in defizitären Orten die preussischen Beamten einen anderen Wohnungsgeldaufschlag erhalten, als die des Reichs. Dies war zu ändern, und so mußte der preussische Tarif auf den des Reichs gebracht werden. Nun haben die Erhebungen des Reichs dazu geführt, daß für eine Reihe von Orten andere Wohnungsgeldaufschläge festgelegt waren, als sie in Preußen bis dahin galten, und das hatte zur Folge, daß in diesen Städten ein etwas geringerer Wohnungsgeldaufschlag zu erzielen war, als der neue preussische Tarif vorgegeben hatte. Das sind diejenigen Beamten, die nach Ansicht des Vorredners geschädigt sind. Die Behauptung trifft aber nicht zu. Wenn Preußen seinerzeit gleichzeitig mit dem Reich die Neuregelung gleich einrichten lassen, dann hätten diese Beamten niemals einen höheren Wohnungsgeldaufschlag erhalten. Sie hätten ihn aber erhalten und sie haben ihn heute noch, nur mit der Einschränkung, daß sie ihn solange behalten, bis ein Ausgleich erfolgt. (Zuruf: Das ist es ja gerade!) Der Beamte hat aber doch den Vorteil davon, das ist sonnenklar. In sich man der Zukunft unversichert sein, aber rechtlich ist der Beamte nicht geschädigt. Auch die Unterbeamten, die den Wohnungsgeldaufschlag aufschlagen, sind angegriffen worden. Demnach hat das Reich als einschneidendes Maßnahme den Ein-Zimmerpreis festgelegt, und dies ist ebenfalls wurde behauptet, der Reichstag stimme nicht; es ist

demokratisch beschlossen haben, für Kaempf als Präsidenten im ersten Wahlgange zu stimmen, falls die Fortschrittlichen eine Kandidatur Kaempf aufrecht erhalten und falls die Nationalliberalen nicht die Erklärung abgeben, für einen sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten zu stimmen zu wollen. Den Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten hatten die Sozialdemokraten nach wie vor aufrecht, und zwar wird bestimmt Scheidemann wieder von ihnen in Kandidat gebracht werden. Falls die Nationalliberalen eine Kandidatur für den Vizepräsidenten aufstellen, dürfte lediglich Dr. Baasche in Betracht kommen.

* Laut „Köln. Volksztg.“ hält der Bundesrat höchstens nach einem Betrag von 20-30 Millionen als Bedingung für die neuen Wehrvorlagen für hinreichend.

* In der gestrigen Sitzung der Braunschweigischen Landesversammlung kam die Frage der Wiedererrichtung der Universität Helmstedt zur Sprache. Kultusminister Wolf bemerkte, daß der Wiedererrichtung die schwersten, nicht nur finanziellen, sondern auch wissenschaftlichen Bedenken entgegenstünden. Er behaupte, daß die schönen Bestrebungen nicht zu verwirklichen seien.

Parlamentarisches.

Unser Landtagsabgeordneter Herr Delius ergriff in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beim Etat des Finanzministeriums das Wort, um (unter schäfer Zustimmung der Linken) die Staatsregierung aufzufordern, an Stelle der Teuerung für wohlhabendes Augenmerk der Unterstützungsfonds für minderbemittelte Beamte zuzuwenden bzw. die Verteilung nach festen Normen vorzunehmen. In Ergänzung unseres Parlamentsberichts geben wir nachstehend einen Auszug des Stenogramms der Delius'schen Rede wieder:

Herr Delius (Sp.): Die Teuerung wird allseitig anerkannt, sie bedrückt nicht nur die Beamten, sondern alle Bürger gleichmäßig. Es ist aber nicht zu leugnen, daß die Vorschläge des Finanzministers, jeder Unterbeamte solle wenigstens 200 Mark Zulage haben, nicht erfüllt sind. Zahlreiche Kategorien erreichen diesen Betrag nicht, einzelne haben überhaupt nichts erhalten. Diese Leute befinden sich in einer Notlage. Es müge dabei noch andere Kategorien in Frage kommen, wir möchten deshalb vorschlagen, ganz keine allgemeine Teuerungszulage für sämtliche Beamte zu bringen, aber die Notlage der minderbemittelten besonders zu berücksichtigen, vielleicht dergestalt, daß von die Unterstützungsfonds erhöht werden und dann die Verteilung nach festen Normen vornehmen, damit jede Billigkeit ausgeschlossen wird. Diese Frage ist zweifellos wichtig, daß die Staatsregierung ihr wohlwollendes Augenmerk zuwenden sollte. (Lebhafte Zustimmung links.)

Un anderer Stelle führte Herr Delius aus:
Der polnische Redner hat die Diktandenslage bekämpft. Wir sind keine allzu großen Freunde derselben. Nachdem diese aber einen festen Bestandteil der Beamtenbeholdung ausmacht, kann sie nicht wieder beseitigt werden. Zu wünschen ist aber die Unwiderstehlichkeit der Zulage, um damit jede Billigkeit und jede PreSSION ausgeschlossen. Ueber die Erwerbslosenentlastung erörtere ich, welche Ausbesserungen zu machen, die von unserer Partei ein entsprechender Antrag gestellt ist. Zu betonen ist aber, daß die Grundfrage der Ermittlungen eine mangelhafte gewesen ist und ein unzureichendes Bild ergeben mußte. Weiblich von der Grundlage der Ermittlungen von 1907 abgesehen ist, lautet nicht ein. Eine Gleichmäßigkeit in den Ermittlungen muß gefordert werden. Und wenn sich der Finanzminister absehend verhält, können wir immer nur wieder betonen, daß eine gerechte Entlastung erfolgen muß. Wir werden uns noch weiter bei den entsprechenden Anträgen zu unterhalten haben. Inzwischen möge der Herr Finanzminister die Frage nicht als eine nebensächliche behandeln. (Beifall bei den Fortschrittlichen.)

Heer und Flotte.

Stamburg, 8. März. (Militärische Meldung.) Am Mittwoch fand eine interessante Übung des Feldartillerie-Regiments Nr. 56 im Ueberbrücken eines Wasserlaufes statt. Die Weisung, welche in der Nähe der Kruppenmühle tief eingeschnitten ist und für Artillerie ein schwieriges Hindernis bildet, wurde mit einer etwa 10 Meter langen Brücke überbrückt, zu welcher das Material der Besatzer der Kruppenmühle, Herr Wöhren, zur Verfügung gestellt hatte. Nach Herstellung passierte die Truppe die Brücke mit Pferden und Geschützen. Eine eingetragene Besprechung schloß sich an die lehrreiche Übung, zu welcher sich wegen der rauhen Witterung nur wenige Zuschauer eingefunden hatten.

Hot- und Personalnachrichten.

Der großbritannische Botschafter Sir Edward Goschen ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, ist der bisherige Legationssekretär bei der Kaiserlichen Gesandtschaft in Rio de Janeiro, von Viel, in gleicher Eigenschaft an die Kaiserliche Gesandtschaft in Athen versetzt worden. Derselbe wird in Rio durch den kürzlich zum Legationssekretär ernannten bisherigen Regierungssekretär Dr. Weber ersetzt, während der neuernannte Legationssekretär Dr. Soehls der Kaiserlichen Botschaft in London zugeteilt ist.

Der Kaiser in Cuxhaven.

Die Garnison von Cuxhaven wurde gestern um 9 Uhr 30 Minuten alarmiert, wozu die Strandbatterien sofort Feuer in See eröffneten. Gegen 10 Uhr verließ der Kaiser die „Deutschland“ und ging an Bord des „Willkommen“; in der Begleitung des Kaisers befanden sich außer den Herren des Hofes Fürst zu Fürstberg, Admiral v. Hollmann, der Chef der Hofkapelle Admiral v. Holthoff, der Chef des Generalstabes, General der Infanterie v. Wolke. Der Kaiser wurde vom Generaldirektor Ballin auf dem „Willkommen“ empfangen. Das Schiff legte an dem seitlich geschmückten weissen Jachtpost des neuen Hafens an. Hier wurde der Kaiser von den Bürgermeistern Hamburgs, Dr. Wurhaud und Dr. Schroeder, begrüßt. Zum Empfangen waren ferner anwesend Staatssekretär v. Tirpitz, Admiral Graf v. Baumbach und Viceadmiral v. Heering. Der Kaiser begab sich vom Publikum mit Schirmen bedeckt, bei schönem Wetter im Automobil durch die mit Fahnen, Girlanden und Ehrenporten geschmückte Stadt über Post Grimmerhöfen nach Fort Kugelbake, wo ein Garzschiffchen in See nach schwimmenden Helsen fuhr. Hierbei waren u. a. auch anwesend Prinz Friedrich sowie der Chef des Jagenteams und Winterkorps.

Generalinspekteur der Festungen, General der Infanterie Mudra. Später besichtigte der Kaiser eine Reize von Werken. An den Besichtigungen nahm auch der kommandierende General Freiherr v. Wietenberg teil. Der Kaiser begab sich um 12 Uhr mit Prinz Heinrich, den anwesenden Admiralen, Generalen und dem Gefolge nach Staatssekretär v. Tirpitz und General von der Infanterie v. Wolke Platz genommen. An der Kirche wurde der Kaiser von dem Marineregimenten Baumwälder empfangen. Der Kaiser besichtigte die Kirche und ließ sich über die gemachten Stiftungen und Schenkungen informieren. Zum Schluß hielt die Kapelle das Niederländische Dankgebet. Der Kaiser blickte darauf in der Kaserne eine Besprechung mit den anwesenden hohen Offizieren ab und speiste im Kasino mit dem Offizierkorps.

Ausland.

Die Unterdrückung der Juden in Rußland.

Der in Petersburg tagende erste allrussische Kongreß der Nationalisten oder Stolopniken, die auch von der gegenwärtigen Regierung unterstützt werden und die nach Wunsch eine führende Rolle in der künftigen Reichsbau spielen sollen, faßte eine Resolution, nach der die Rechte der Juden unter seinen Umständen erweitert und mit allen Mitteln gegen die Juden angesetzt werden soll. Die bisher geltenden Bestimmungen für die Juden sollen verschärft, die Wehrmacht Rußlands verstärkt werden.

Klosterleits Appell an das Volk.

Kriegssekretär Stimson hat in Chicago eine Rede gehalten, in der er mannschaft für fast eintrat. Darüber ist Roosevelt außerordentlich erbittert, zumal ihm Stimson keine ganze Karriere verdanken soll. Nach einer heftigen Polemik gegen die von Stimson vertretenen Grundzüge erklärte sich Roosevelt, daß die gegen ihn verlogte Taktik den Ruin der Partei herbeiführen müsse. Er hält es für das einzig Richtige, den Volkswahlen die Vorentscheidung zu überlassen. Wenn diese für ihn ausfallen, werde er mit dem ganzen Einsatze seiner Persönlichkeit auf den Erfolg hinarbeiten.

Kalle und Umgebung.

Salle a. S., 8. März.

Der Finanzausschuß

beschäftigte sich gestern mit der Frage, wie die Bauausführung des neuen Spartaflughauses übertragen werden soll, dem Berliner Architekten Jenen, der den Bauentwurf angefertigt, oder dem halle'schen Hochbauamt, insbesondere einem durch Privatkonkurrenz verpflichteten Architekten, der schon den Neubau der Oberrealschule geleitet hat. Magistrat und Kuratorium haben sich für den Berliner entschieden, während der Bauauschuß den Auftrag dem halle'schen Hochbauamt überlassen will.

Der Finanzausschuß teilte sich; 4 Mitglieder stellten sich auf die Seite des Kuratoriums, 4 stimmten dem Bauauschuß zu.

Man darf sich angeichts dieser Sachlage nächsten Montag auf längere Debatten gefaßt machen.

Die Ableitung in die Saale.

Das Oberverwaltungsgericht erledigte in seiner letzten Sitzung einen Rechtsstreit, welcher der Kaufmann K. zu Weihenfelds gegen den Oberpräsidenten von Sachsen wegen einer polizeilichen Verfügung, betreffend die Einleitung von Fabrikwässer in die Saale, erhoben hatte.

Als K. eine Trammelschiff erbaute, wurde auch die Frage über die Ableitung von Fabrikwässer in die Saale erörtert. Die Genehmigung zur Ableitung des Wassers wurde schließlich unter Bedingungen erteilt, von welchen K. zwei ansah, insbesondere die Bedingung, nach welcher die Genehmigung für die Ableitung des Wassers zu jeder Zeit widerrufen werden könne.

Nachdem der Oberpräsident die Bescheide abgemeldet, erhob K. Klage beim Oberverwaltungsgericht und betonte, wenn ihm plötzlich verboten würde, das Wasser abzulassen, würde seine Fabrikanlage unbrauchbar werden. Das Wasser werde auch nicht direkt, sondern erst durch einen 68 Meter langen Kanal in die Saale geleitet. Das Oberverwaltungsgericht hob auch die angelegene Verfügung und den Befehl des Oberpräsidenten auf und führte u. a. aus, das Wasser aus der Fabrik werde nicht direkt in die Saale geführt, sondern laufe durch einen Kanal, welcher als eine kommunale Einleitung anzusehen und auch bestimmt sei, Fabrikwässer aufzunehmen. Unter diesen Umständen brauchte K. eine improtopolische Genehmigung nicht nachzulassen; die angelegene Bedingung unterlag daher der Aufhebung.

Wehrkraftverein „Jungdeutschland“.

Mittwochabend verammelten sich 28 Mitglieder des Ausschusses, Leiter und Helfer des Wehrkraftvereins zu einer Sitzung im Hotel „Kaiser Wilhelm“. Als Gegenstand standen zur Beratung zunächst die Haftpflicht- und Unfallversicherung für die Leiter und Helfer, soweit sie noch nicht anderweitig versichert sind, und für die Jungmannschaft. Es wurde beschlossen, daß die genannte Versicherung bei der Stuttgarter Versicherungsgesellschaft, mit welcher die Zentrale des Bundes Jungdeutschland einen Vertrag abgeschlossen hat, stattfinden soll. Ferner sollten die Kosten der Versicherung, 50 Vg. pro Kopf und Jahr der tätigen Mitglieder (Helfer und Leiter), 40 Vg. pro Kopf und Jahr der Jungmannschaft, vom Verein getragen werden.

Zweiter Punkt der Beratung war die Befreiungsfrage der Jungmannschaft. Da über diesen Gegenstand die Ansichten noch mehrfach verchiedene waren und weitere Klärung desselben erforderlich schien, wurde beschlossen, die Beratung über diesen Punkt bis zur nächsten Versammlung aufzuschieben, um zunächst eine weitere Klärung über Art und Form der Befreiung herbeizuführen. Es wurde festgesetzt, daß am Sonntag den 8. März, 9 Abteilungen des Wehrkraftvereins mit im ganzen 562 Jungmannschaften Ausflüge unternommen haben und daß inzwischen weitere 200 Knaben dem Wehrkraftverein zur Teilnahme an den Ausflügen beigetreten sind. — Es kam hierbei zur Sprache, daß infolge eines Verlebens in der letzten Veröffentlichung des Vereins das Mindestalter der in den Verein aufzunehmenden Knaben mit 12 Jahren angegeben ist. Einer Anregung der Herren Rektoren der Volksschulen zufolge werden fortan aus den Volksschulen nur Knaben der obersten Klasse Aufnahme in den Verein finden. Für Knaben aus

Mittel- und höheren Schulen wurde als Mindestalter 13 Jahre festgesetzt. Bisher entzogen dieser Bestimmung aufgenommenen Knaben verließen jedoch auf Wunsch im Wehrkraftverein.

Ueber die Ausführungen der Ausflüge fanden Besprechungen statt, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Jungmannschaft über nationale Gedenktage bei Gelegenheit der Ausflüge zu belehren. Die Befreiung von Umgebungsarten für die Ausflüge mit der Wehrkraftverein übernehmen, soweit sich nicht die Herren Schulleiter bereit erklärt haben, dieselben von der Schule aus zu stellen. — Am Laufe des Jahres ist ein Tagungstagung unter Benützung der Eisenbahn auf eines der Schloßfelder von Zeitz, Wöden oder Köpzig geplant. Die eigene Herausgabe eines Niederbuchs für die deutsche Jungmannschaft wurde angeregt, um einer der Herren vom Ausfluß geben, die Vorbereitungen dazu auszuführen. Zum Schluß wurden eingegangene Briefe u. a. zur Kenntnis gebracht, die zum Teil Einladungen des Ausschusses zu nationalen Vereinen, zum Teil Beitrittserklärungen und Beitragsgeldungen von Einzelmitgliedern und Korporationen betrafen. Mit besonderer Freude wurde ein Schreiben des Allgemeinen Studentenauschusses begrüßt, nach welchem derselbe fortan dem Wehrkraftverein mit der Zahlung eines erheblichen Semesterbeitrages beigetreten ist und tätige Mitwirkung in Aussicht stellt.

Ausscheidung. Zur Ablegung des Ritterkreuzes erster Abteilung des Großherzoglich Sächsischen Hausordens der Wachsamkeit über vom weihen halten ist Herr Oberbergamt Otto K. a. i. in Halle die Erlaubnis verliehen.

Christlicher Verein junger Männer. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, findet ein öffentlicher Tee-Abend für Damen und Herren statt. Dabei musikalischen und dekorativen Darbietungen steht ein Vortrag von Herrn Professor D. Lüttger auf dem Programm über das Thema: „Der religiöse Charakter der Gegenwart.“ Jedermann (Damen und Herren) ist eingeladen. Der Zutritt ist frei.

Provinzialnachrichten.

V. Nietleben, 7. März. (Ein Festabend am Velden der Pflegerfamilien-Hilfskassen) der Landes-Beitrag Nietleben fand gestern im neuen Saale der „Grünen Tanne“ hier selbst statt. Die glänzend verlaufene Feier und der überaus starke Besuch zeigten die Wertschätzung des gut ausgebildeten Pflegerpersonals, dessen Zahl 104 beträgt, und die enge Zusammengehörigkeit der räumlich getrennten Anstalt mit unserem Dorfe. Wird doch auch die Hilfe dieser Beamten und Familien in hiesigen nationalen und kirchlichen Vereinen hochgehalten. Aus dem reichhaltigen Programm sei hier nur auf die beiden geschichtlichen Stücke „Samsouci“, ein Tag preuß. Geschichte v. A. Weibelland, und auf das heilige Liebespiel „Die kleine Katholik“ von F. Müller, Wühl von Thiele, hingewiesen, die in die große fieberkrankliche Zeit beim in ein holländisches Dorf des hiesigen Soobgebiets versetzen. Anstaltsarzt Dr. Aude sprach über den Gründer des „Raten Kreuzes“, den General B. Damm, der in der blutigen Schlacht bei Solferino die erste Krankenpflegerin trug. Das Raten Kreuz, dieses Zeichen der Liebe, hat sich fast 1864, 1866 und 1870-71 bewährt. 1910 ist D. als 82jähriger Greis hochgeehrt gestorben. Ströme des Segens sind aus seinem angefangenen Lebenswerk besonders auch in neuerer Zeit geflossen. Der Liebesdienst des Vereins betrug 1200 Mark.

Döblau, 7. März. (In unserer Willenskolonie Neu-Döblau) macht sich mit dem heranwachsenden Frühling eine rege Bautätigkeit bemerkbar. In der neu angelegten und gegenwärtig auch kanalisiertem Parzelle befinden sich verschiedene Willen im Bau und auch in den anderen Straßen der Kolonie sollen demnächst verschiedene Neubauten entstehen. Unser Willensort eignet sich durch seine günstige Lage am Rande der Döblauer Heide, sowie durch seine geringe Entfernung von der Großstadt Halle nicht nur als Ruhesitz für Rentner und pensionierte Beamte, vielmehr wird derselbe auch von Geschäftsleuten und Beamten, welche sich nach Beendigung ihrer Tätigkeit aus dem Leben und Treiben der Großstadt hinaus in die herrliche, freundliche Natur ziehen, als Wohnsitz bevorzugt. Der Ort bietet durch seine zum größten Teil gepflanzten und kanalisiertem Straßen, sowie durch die ein vorzüglichen Trinkwasser liefern Wasserleitung und eine Gasanstalt alle Annehmlichkeiten der Großstadt, ohne deren Nachteile zu haben. Namentlich in den Sommermonaten ist die Nachfrage nach Wohnungen eine sehr rege und ist es daher ratsam, sich möglichst frühzeitig darum zu bemühen. Die neu errichtete Lustgaststätte des Vereins für Döblauer Interessenten (Waldstr. 55 I) gibt gern jede gewünschte Auskunft über Wohnungen, Anfechtung u. s. w.

Gröbzig, 7. März. (Sämtliche Hausanschlässe) an die elektrische Überlandzentrale Anhalt sind jetzt hergestellt. Die elektrische Beleuchtung funktioniert zur allgemeinen Zufriedenheit.

Gröbzig, 8. März. (Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie) an der Kreisstraße Gröbzig-Wiesau und in Gröbzig liegt bei dem Postamt in Gröbzig vom 9. März ab 4 Wochen aus.

Weihenfelds, 7. März. (Erweihung des neuen Stadterordnetenversammlungssaales.) Der neue Saal unseres städtischen Parlaments ist gestern feierlich eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben worden. Die Aula des alten Seminars ist unter der künstlerischen Leitung des Regierungsbaumeisters Wempe in einen Sitzungssaal umgewandelt worden, dessen stilvolle Ausstattung der Würde seiner Bedeutung in jeder Hinsicht entspricht. Ein bemerkenswerter Vorfall bei dem Festakt war, daß die sozialdemokratischen Stadterordneten bei dem Kaiserhof, mit dem der Vorsther seine Freitred schloß, schwiegen und sitzen blieben.

Weihenfelds, 6. März. (Scheitelfund.) Bei Aufgrabungsarbeiten im Bett des Greislaufbaches beim Einfluß in die Saale wurde auf einer Erhöhung ein Skelett eines Mannes aufgefunden. Einige Knochen desselben waren verrotten, nur die Elfenbein waren noch erhalten, und nur auf Grund ihres Vorhandenseins konnte festgestellt werden, daß es ein männliches Skelett war. Es wird vermutet, daß bei dem Hochwasser der Leichnam in die Begradigung hineingedrückt und beim Sinken des Wassers dieser auf die an der Erde seit befindliche Erhöhung zu liegen gekommen ist. Die dort in Scharen anzutreffenden Ratten haben jedoch jedenfalls die Fährte nicht abgemagt.

Tröbsdorf a. H., 8. März. (Eiskühlschiff.) Dem Vernehmen nach verstarb die Witwe Müller in Tröbsdorf bei 120 Morgen großes Gut mit Gebäuden an den Gutsbesitzer Hermann Hoffmann.

Nordhausen, 6. März. (Scheitelfund.) Der Magistrat hat auf einem Grundstück an der Jahrmühle 50 Scheitelfund Erde empäuen lassen. Jeder Garten bekommt Wasserleitung. Die empäuen teils 100, teils 200 Quadratmeter große Scheitelfund werden in jedem Garten drei resp. sechs Bäume ange-

Wang. Der Preis für diese Warten stellt sich auf 15 resp. 12 Mark.

Seitigenstadt, 6. März. Der gelungene Gewitter- und Hagelsturm hat, wie zahlreiche heute eingelaufene Nachrichten bezeugen, auf dem ganzen Eichsfelde arg gewirkt. Bei Ringelshaus u. St. Hilfen Hagelkörner in solcher Menge, daß Beige und Heiser von einer weissen Decke eingehüllt waren. Der Blitz erschütterte bei Ringelshaus eine mächtige Ceilanne, die als Naturdenkmal bisher geschont wurde. Außerordentlich heftig trafen die Gewitter bei Breitenmorbis auf. Blitz auf Blitz zündte hierher. Ein Blitzstrahl traf den Schulneubau und beschädigte das Gebäude innen und außen. Zwei Fischer, welche gerade in dem Neubau arbeiteten, kamen mit dem Schreden davon.

Mugdorf, 6. März. (Die letzte Schicht.) Auf dem Bau-Schachte verunglückte leider heute der Bergmann Gieseler von hier tödlich. Er ist seit zwei Jahren verheiratet. Vor etlichen Jahren verunglückte in demselben Schachte ein Schwager des G. ebenfalls tödlich.

Gräfenthal, 5. März. (Neue Fabrik.) In Steinbach am Balde wurde neben mit dem Bau einer Porzellanfabrik begonnen, die sich besonders mit der Herstellung von Isoliermaterial für die Elektroindustrie befassen soll. Die Fabrik, die im Auftrage der Firma Weinbach u. Söhne in Gräfenthal errichtet wird, soll schon Ende Juni in Betrieb gesetzt werden.

Hofheim, 7. März. (Neues Leben.) Seit dem 1. März ist wieder Leben in unsere lange ruhende Maschinenfabrik eingezogen. Zwei aus Eritrit stammende Herren, die Fachleute sind, haben das Establishement gepachtet und werden zunächst die Eichelei in Betrieb setzen.

Gera, 7. März. (Vor den Augen seiner Frau) wurde der 53 Jahre alte Arbeiter Schneider getötet. Der Bauernwerte geriet zwischen die Puffer zweier Güterwagen und wurde germalmt. Seine Frau, die in der Nähe war, fiel darauf in eine längere Ohnmacht.

Gerichtsverhandlungen.

Durch Fekture zum Brandstifter geworden?

Hallerstadt, 6. März. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich der 23jährige Buchdrucker Paul Topp aus Ufersleben wegen Brandstiftung zu verantworten. Topp, der unter Anklage stand, im August vor. 3. zwei Korbmetern des Landwirts Gorge vorzüglich in Brand gesetzt zu haben, hat trotz seiner Jugend schon eine abwechselungsreiche Vergangenheit hinter sich. Er selbst trug dem Gericht bei seiner Vernehmung seinen Werdegang vor und erzählte dabei, daß er als Junge große Lust zur Malerei gehabt habe und deshalb am liebsten Jelmher oder Bildhauer geworden wäre. Es sei aber keine passende Beschäftigung frei gewesen und so sei er Schlichter geworden. Seine Werben hätten ihm jedoch in höherer Ungüte, daß er diesen Beruf habe aufgeben müssen. Er sei dann auf die Wanderschaft gegangen und dabei auch nach Oesterreich-Ungarn und Tirol gekommen, bis man ihn als unruhigen Herespflichtigen nach Straßburg eingezogen habe. Von dort sei er nach kurzer Zeit desertiert, jedoch bald wieder aufgegriffen und wegen Scheinmünz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Später sei er dann wieder nach Ufersleben gekommen, wo er in einer Fabrik Arbeit gefunden habe. Während seines Aufenthaltes in Ufersleben sei er in 'schlechte Gesellschaft geraten, er habe sich mit sozialdemokratischer Lesart befaßt, u. a. auch die „Volkstimme“ gelesen und dadurch sei er so aufgereizt worden, daß ihn Haß und Rache gegen die Gesellschaft erfaßt habe. Die Folge davon sei dann die Brandstiftung gewesen, wegen der er unter Anklage stehe. Zu der Tat selbst äußerte sich Topp dahin, daß er nach kurzer Tätigkeit in seiner Vaterstadt sich entschlossen habe, das „gottverfluchte Ufersleben“ zu verlassen und wieder nach dem „schönen Land Tirol“ zu wandern. Dabei sei er vom Wege abgelenkt, habe plötzlich vor einem schwarzen Haus gestanden und um wieder den rechten Weg finden zu können, habe er einen davorliegenden kleinen Strohhäufchen angezündet. Als nun aber ein großer Brand entzündet, habe er gesehen, was er angerichtet habe und am anderen Tage sei er in das städtische Krankenhaus gegangen, um sich auf seinen Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. Als ihn der Arzt in einer Herrensprechstunde habe bringen lassen wollen, sei er nicht darauf eingegangen, sondern er habe ein Verfahren zur Erlangung einer Invalidenrente eingeleitet. Er sei dann wegen der Brandstiftung festgenommen wurde. Demnach nach dem Gutachten des lehrerfähigen Arztes der Angeklagte ein erblich belasteter hysterischer Neurotiker ist, prägen die Geschworenen ihn der vorliegenden Brandstiftung unter Verlegung mildernder Umstände schuldig, worauf das Gericht ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Schwerzucht verurteilte.

Kunst und Wissenschaft.

Die Frankfurter Universität.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses äußerte sich der Kultusminister über die Errichtung einer Universität in Frankfurt (Main). Die Regierung werde auf die Frankfurter Anträge nur eingehen, wenn festgestellt sei, daß die Frankfurter Universität auf Bereinhaltung des Staates und in den Vorarbeiten und der Vermehrung der gesamten Organik nach den höchsten Grundsätzen wie die anderen Universitäten gebildet werde. Nachdem die Frankfurter Unterhändler sich bereit erklärt hatten, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln, ließ der Minister Prüfungen darüber, ob die Vorbedingungen für die Universität Frankfurt vorhanden seien, anstellen, die ein günstiges Resultat ergaben. Der Unterhändler zwischen der Frankfurter und den anderen Universitäten wurde lediglich darin liegen, daß sie nicht vom Staat, sondern von Privatpersonen unterhalten werden soll. Es handle sich nicht um fortwährende jährliche Subvention durch die Stadt Frankfurt, die den Etat vom Beschluß der Stadtverordnetenversammlung abhängig machen würden. Eine Anzahl Stiftungen in Frankfurt würden zusammenzutreten, um die gesamten Mittel zur Verfügung zu stellen. Statt des Kurators würde das Kollegium und ein großer Rat zur Regelung der äußeren Dinge der Universität an der Spitze stehen.

Hochschulnachrichten.

Dr. phil. Gustav Braun, Privatdozent an der Berliner Universität und Abteilungsleiter am Institut für Meerestunde, wurde zum a. o. Prof. für Geographie an der Universität Breslau berufen.

Der Altmeister der Pflanze nicht nur Deutschlands, sondern der Gegenwart, Geheimrat August Ignaz Töpfer, Professor an der Technischen Hochschule in Dresden, ist nach langem Leiden gestorben.

Hans Thoma hat jetzt für die Kirche seines Geburtsortes Rena u. bei St. Marien im Schmalzbad ein großes Altarbild gemalt, Maria als Himmelskönigin und Patronin des Schmalzbadens, darunter eine Schmalzbadlandschaft mit seinem Heimatort. Das Bild wird als eine der reifsten Arbeiten des Künstlers gerühmt.

Dr. Otto Kübler. Einer der ältesten und angesehensten Schulmänner Berlins, der frühere langjährige Direktor des Königl. Wilhelm-Gymnasiums, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Otto Kübler, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein Pädagoge und Organisator von ungewöhnlicher Befähigung dahingegangen, der es verstand, in der seiner Leitung unterstehenden Anstalten eine musterhafte Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ernst Schur. In Groß-Niedersiehe ist der Schriftsteller und Dichter Ernst Schur gestorben. Er hat nur ein Alter von 38 Jahren erreicht. Schur, der mit der Malerin Marie Schürhe verheiratet war, debütierte 1897 mit einem Bändchen Lyrik und veröffentlichte in den folgenden Jahren eine Reihe von Kunstbüchern, die von den Fachblättern mit großem Interesse aufgenommen wurden. Seine Schrift über japanische Kunst und vor allem „Die feineren Stadt“ hatten viel Erfolg. Diese Bücher, sowie auch der kleine Führer durch die Nationalgalerie, der im vorigen Jahre erschien, zeigten Ernst Schur als feinsinnigen Stilisten und Kunstkenner.

Vermischtes.

Der Hannoverische Knabenschänder verurteilt?

Aus Hannover wird uns geschrieben: Wie seinerzeit berichtet, wurde im September des Jahres 1904 im Rindinger Holze bei Linden vor Hannover am dem 17jährigen Schulknaben Heinrich Wehler ein schweres Stiefelttsverbrechen begangen. In Gemeinschaft mit zwei anderen Knaben hülte Wehler in der Nähe des genannten Holzes Kiste, als ein etwa 25jähriger Mann an ihn herantrat und ihn aufforderte, mit ihm zu kommen, um etwas für ihn einzukaufen. Er gab ihm 50 Pfennige, während er den beiden anderen Knaben in 5 Pfennige schenkte, damit sie auf Wehlers Kiste aufpassen. Als er mit dem Jungen durch das Gehölz ging, warf er ihn an einer einsamen Stelle pfeiflich zu Boden und verurteilte ihn Gewalt anzutun. Als der frächtige Knabe sich zur Wehr setzte, zog der Wehler ein Messer aus der Tasche und brachte seinem Opfer schwere Verletzungen am Unterleibe bei. Auf die lauten Schreie des Jungen ergriff der Unmensche die Flucht und entkam unerkannt.

Anfang dieses Jahres nun wurde in Linden ein Mann festgenommen, der einen Knaben mit sich zu laden verurteilte. Die Feststellung der Personaler ergab, daß es sich um den derzeit arbeitslosen Schneidergesellen Wilhelm Bergmann aus Silbeseim handelte, und verlebte eigene Umstände erweckten den Verdacht, daß er auch die Tat im Rindinger Holz vor fast einem Jahrzehnt verübt habe. Es zeigte nämlich nicht nur die Personalbeschreibung des damaligen Verbrechens genau auf Bergmann, sondern die angefertigten Ermittlungen ergaben auch, daß er schon mehrfach wegen Schändung von Knaben vorbestraft ist, so u. a. im Jahre 1900 mit 1 1/2 Jahren Gefängnis. Weiter wurde festgestellt, daß Bergmann als der anonyme Briefschreiber anzusehen ist, der kurze Zeit nach der Tat im Rindinger Holz einen Brief an den Vater des Wehler schrieb, in dem das Verbrechen so genau geschildert wurde, wie es nur der Täter selbst tun konnte. Bei einer Gegenüberstellung mit Wehler und den beiden anderen jungen Leuten wurde er mit Bestimmtheit als der Täter wieder erkannt. Befehlend erscheint auch seine besondere körperliche Veranlagung, so daß wahrscheinlich schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode die Tat im Rindinger Holz ihre Sühne finden wird.

Ein Hochzeitszug von 13 Verlorenen erfror.

Aus Petersburg wird telegraphisch: In der Nähe von Kolgrim im Gouvernement Kostona ist ein Hochzeitszug von dreizehn Personen während eines Schneesturmes erfror. Kolgrim ist eine Stadt mit etwa 2000 Einwohnern und lebhaftem Holzhandel. Das Klima des Gouvernements Kostona ist dadurch merkwürdig, daß es im Süden eine gelegentlich fast holländische Temperatur hat, während im Norden sechs Monate hindurch scharfe Kälte und Schneestürme herrschen.

Die Bevölkerung Berlins belief sich Anfang Februar auf 2 088 529 gegen 2 075 820 im gleichen Monat des Vorjahres. **Verluste der Reichsbank an Grünhälligen Banknoten.** Wie in den letzten Jahren, so mußte die Reichsbank auch in diesem Jahr von ihrem Gewinn aus 1911 für nachträglich vorgekommene Laufendmarkeine, die seinerzeit von dem Faktor der Reichsbankerei Grünhäll unbeschäftigt in Verkehr gebracht wurden, Abstrichungen machen. Diesmal handelt es sich um 177 000 Mark, die im Jahre 1912 der Summe der in Betrieb gegebenen Banknoten hinzugelegt werden sollen.

„General“ Booth erkrankt. Der große Führer der Heilsarmee, „General“ Booth, der gegenwärtig eine Inspektionsstour durch Holland unternimmt und erst neulich bei einem Fall von der Treppe einen Beinbruch erlitt, ist totalerblindet. Die Ärzte lassen ihm jedoch Hoffnung, daß er nach einer Operation wenigstens die Sehkraft eines Auges, des linken, wiedererlangen könnte, und der sonst körperlich noch sehr rüstige alte Herr hat nunmehr zugestimmt, sich dieser Operation gleich nach seinem nächsten Geburtsort, am 10. April, unterziehen zu wollen.

Konfessionelle Schutzhütten in den Alpen. Dem „N. Z.“ wird geschrieben: Seit mehreren Jahren besteht in Berlin als Sektion des großen D. u. O. Alpenvereins neben der alten Sektion Berlin eine zweite Sektion unter dem Namen Sektion Mark Brandenburg. In den Sitzungen dieser neugegründeten Vereinigung fand von Anfang an ein sehr markanter Paragraph 3, welcher lautet: „Für großhätige, ärztliche, im Besonderen der bürgerlichen Ehrenrechte bedürftige Männer können Mitglieder der Sektion werden.“ Bis vor kurzem entbehrte der Inhalt dieses Paragraphen ebenso wie die Sektion Mark Brandenburg selbst des allgemeinen Interesses. Am 25. Januar jedoch merkten die Mitteilungen des D. u. O. Alpenvereins, daß das Schischolitz und die Semaarhütte in der Nähe der Sektion Mark Brandenburg übergegangen sind. Diese beiden Häuser an den beliebtesten Gletscherübergängen gelegen, beherbergen den Ausgang aus dem oberen Teil des Schallier Tal und zum Wintgischau und wurden bisher auch von nichtschischolitz Touristen häufig und gern besucht. Viele von ihnen werden in Zukunft es vorziehen, auf die Einkehr in diesen Hütten zu verzichten, vorausgesetzt, daß ihnen die Grundzüge der Sektion Mark Brandenburg, die ja bisher ein vorborgenes Dasein führte, bekannt werden. Es mag immerhin

vielleicht sein, daß die neue Vereingung in ihren Hütten auf solche Gäste gern aufnehmen würde, deren Aufnahme ihr die eigenen Satzungen verbieten. Jedermann Sache ist es aber nicht, sich als Gast gebüdet zu fühlen. Ich halte es deshalb für notwendig, öffentlich und nachdrücklich auf diesen merkwürdigen § 3 der Satzungen dieser Sektion des D. u. O. Alpenvereins hin zuweisen.

Letzte Nachrichten.

Das Urteil im Czenkoshau-Prozess.

Petrikau, 7. März. Privattelegramm. Das mit großer Spannung erwartete Urteil wurde heute nachmittag verkündet. Damazj Maczoh erhielt 12 Jahre Zuchthaus, Jidor Starczewsky 5 Jahre Zuchthaus, Besity Oleszynski 2 1/2 Jahre Zuchthaus, Helena Maczoh 2 Jahre Gefängnis, Joseph Stawewiz 1 Jahr Gefängnis, Pianio 4 Monate Gefängnis, Cgganowski Verurteilung, die durch die Untersuchungsbehörde für verübt erachtet wurde, Petkiewicz wurde freigesprochen.

Die Reichsbankbeamten.

a. Berlin, 7. März. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Besoldungs- und Pensionsgesetzes der Reichsbankbeamten auf das Jahr 1912 den zuständigen Ausschüssen überwiesen und einem Gesetzentwurf betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1911 seine Zustimmung erteilt.

Beamtenwechsel in Claß-Zothriegen.

a. Berlin, 7. März. Der bisherige Bezirkspräsident in Meckl., Graf Zeppelin, hat nunmehr seine Entlassung beim Ministerium in Straßburg eingereicht. Als Nachfolger Graf Zeppelins kommen Blättermeldungen zufolge in Betracht der Straßburger Bezirkspräsident Freiherr v. Gemmingen und der Kolmarer Bezirkspräsident v. Puttkamer.

Zur Arbeiterfürsorge.

h. Wünnen, 7. März. Ministerpräsident Freiherr von Hertling erklärte im Finanzauschuß, es sei ohne diese Absicht gewesen, wenn er in seiner Programmrede die Arbeiterfürsorge unerwähnt gelassen habe.

Der Südpol entdeckt?

J London, 7. März. Wie „Daily Express“ aus Wellington (Neu-Seeland) meldet, erklärte der Südpolforscher Amundsen, daß Kapitän Scott den Südpol erreicht habe.

Der englische Kohlenstreik.

J London, 7. März. Die Eisenbahngesellschaften machen bekannt, daß sie eine Anzahl weitere Züge einstellen und wiederum eine große Anzahl von Rindigungen vornehmen werden. Die Löhnerluste der Arbeiter werden bis jetzt auf 8 Millionen Mark veranschlagt. In verhängenen Streitigkeiten, besonders in Wincalshire, künftigen die Grubenbesitzer an, daß sie die Gruben, welche nur geringe Erträge abwerfen, völlig aufgeben werden. Anderen Gerichten zufolge, sollen die Grubenbesitzer von Wales sich bereit erklärt haben, Zugeschäftnisse zu machen. Unter den Arbeitslosen in Schottland und Yorkshire herrscht bereits große Not.

Die Dardanellenperre.

f. Konstantinopel, 7. März. Die Pforte verfügt, daß die Sperung der Dardanellen bei Nacht nunmehr strengstens durchgeführt werde. Das Gerücht, daß Rußland beabsichtigt, Kriegsschiffe in die Dardanellen zu entsenden, wird vom russischen Botschafter entschieden demontiert.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Zimena u. Donnerstag, 7. März, 8 Uhr morgens. Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das unsere Witterung beherrschende Tief ist sich Südbaltanadien gezogen. Im Westen ist hoher Druck nachgefolgt, der uns nördlichen Wind und Abkühlung mit einzelnen Regens- oder Schneefällen bringt.

Witterungsaussicht für den 8. März:

Wind nördlicher Herkunft, teils bewölkt, teils heiter, zeitweise geringer Regen oder Schnee, kälter.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)
9 März: Bewölkt, kalt, harte Winde.
10 März: Wolfig mit Sonnenschein, wärmer, trocken.
11 März: Bewölkt, milde, teils heiter.
12 März: Bewölkt, heiter, angenehm.
13 März: Wolfig mit Sonnenschein, Frühlingwetter.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Kronungsanfragen, Gerichte, Handel: Eugen Brantmann, für Ausland und Reise Nachrichten: Karl Reiter; Feuilleton, Vermischtes usw.: Kurt Freundtanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

